

**Niederschrift über die  
Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration  
(11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg  
am 30.09.2020 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier (Öffentlicher Teil).**

Beginn: **17:00** Uhr

Ende: **18:25** Uhr

**Anwesenheit**

Vorsitz

Frau Kreisbeigeordnete Simone Thiel

Mitglieder

Frau Christiane Junk-Kornbrust

Herr Dieter Klever

Vertretung für Frau Uschi Schilling

Frau Dr. Kathrin Meß

Frau Iris Molter-Abel

Frau Stephanie Nickels

Herr Lars Rieger

Frau Kerstin Schikora

Frau Alexandra Schlögl

Frau Edith van Eijck

Frau Elke Winnikes

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Verwaltung

Herr Christoph Fuchs

Büroleiter

Frau Anne Hennen

Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises

Gäste

Herr Dr. Christoph Emmerling

Ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter  
des Landkreises (TOP 1)

Frau Monika Neumann

S.I.E. e. V. - Frauennotruf (zu TOP 2)

Frau Corinna Pfortner

S.I.E. e. V. - Frauennotruf (zu TOP 2)

**nicht anwesend:**

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

entschuldigt

Mitglieder

Frau Yvonne Mich

entschuldigt

Frau Uschi Schilling

entschuldigt

mit beratender Stimme

Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold  
Schmitt

entschuldigt

## **Zur Geschäftsordnung**

Frau Kreisbeigeordnete **Thiel** eröffnet die Sitzung und führt den Vorsitz in Vertretung für Herrn Landrat Schartz. Sie begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration und stellt die form- und fristgerechte Zusage der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1. Tätigkeitsbericht des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten des Landkreises Trier-Saarburg für das Kalenderjahr 2019; Vorlage: 0264/2020**
- 2. Vorstellung der Arbeit des Frauennotrufs Trier in Trägerschaft des Verein S.I.E.; Vorlage: 0312/2020**
- 3. Umsetzung der Istanbul Konvention – aktueller Stand; Vorlage: 0313/2020**
- 4. Information zur Arbeit der Gleichstellungsstelle; Vorlage: 0314/2020**
- 5. Informationen und Anfragen**

## Öffentlicher Teil

### 1. Tätigkeitsbericht des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten des Landkreises Trier-Saarburg für das Kalenderjahr 2019 Vorlage: 0264/2020

#### **Protokoll:**

Die Vorsitzende **Thiel** begrüßt Herrn Dr. Emmerling und verweist auf das große Spektrum von Baumaßnahmen, welches er als ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter begleite.

Herr **Dr. Emmerling** bedankt sich eingangs für die Einladung zur Berichterstattung in diesem Gremium. Er sei grundsätzlich jeden Freitagvormittag in seinem Büro in den Räumlichkeiten des Gesundheitsamtes in der Paulinstraße erreichbar. An jedem 1. und 3. Freitagvormittag im Monat biete er eine Sprechstunde an. Ansonsten nehme er an Terminen mit Planern, Architekten und Inaugenscheinnahmen von Baumaßnahmen vor Ort teil. Eine Präsenz in den sozialen Medien sei für ihn eine zukünftige Zielsetzung. Datenschutzrechtlich seien dazu noch einige Dinge abzustimmen. Den Hauptaspekt seiner Arbeit würden die Stellungnahmen einnehmen, die er schreibe. Dazu müsse eine umfängliche Aktenstudie erfolgen. Der Bedarf an Stellungnahmen würde kontinuierlich ansteigen. Zu den großen Baumaßnahmen, an denen er in den letzten Jahren beteiligt war bzw. sei zählten folgende Projekte:

- Wiederaufbau der VG Saarburg
- Bau der Büroräume des ART in der Metternichstraße in Trier
- Neubau der Ruwertalschule in Waldrach
- verschiedene Bürgerhäuser in den Ortsgemeinden

Auch der ÖPNV sei ein wichtiges Thema für ihn. Er habe viele Kontakte und Gespräche mit der Fa. Müller Kylltalreisen geführt. Dabei sei es u. a. um die behindertengerechte und barrierefreie Nutzung und Ausstattung der Busse gegangen sowie um die barrierefreie Herrichtung von Bushaltestellen. Dies sei ein sehr breites Feld.

Er bemühe sich zudem Präsenz zu zeigen, was ihm jedoch aufgrund seiner Berufstätigkeit nur in einem zeitlich beschränkten Rahmen möglich sei. In 2019 habe eine Versammlung aller Behindertenbeauftragten im Land Rheinland-Pfalz in Trier im Rathaus stattgefunden, an der er teilgenommen habe. Weitergehend berichtet er, dass er stetig an den Sitzungen des Beirates des Jobcenters teilnehme.

Ein weiteres wichtiges Anliegen sei ihm die Barrierefreiheit im Tourismus. Natürlich habe Corona in diesem Jahr viele Aktivitäten und Angebote ausgebremst. Trotzdem gebe es viele Ansätze, um den Tourismus barrierefrei zu gestalten. Dazu berichtet er von verschiedenen barrierefreien Wanderprojekten und Wanderwegen in der Region.

Im Folgenden geht er auf die UN-Behindertenrechtskonvention ein, bei der als oberste Zielsetzung ein selbstbestimmtes Leben definiert sei. Als wichtigen Baustein für ein selbstbestimmtes Leben sehe er einen Zugang zum Arbeitsmarkt. Menschen mit Handicap seien durchaus in vielen Fachbereichen als Fachkräfte tätig. Rd. 70 % der behinderten Menschen arbeiten in Jobs als Fachkräfte. Deshalb halte er den Kontakt zum Jobcenter für sehr

wichtig und möchte an den Sitzungen des Beirates teilnehmen.

Bei der Erarbeitung des den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellten Flyers sei die Pressestelle der Kreisverwaltung mit großer Unterstützung zur Hand gegangen und die Kosten seien durch die Kreisverwaltung übernommen worden.

Ein Wunsch seinerseits wäre, wenn auf VG-Ebene im Landkreis jeweils ein Ansprechpartner für die Belange der behinderten Menschen tätig wäre und vor Ort ansprechbar wäre. In den Verbandsgemeinden Saarburg-Kell, Konz, Schweich sei dies schon der Fall und er werde durch die dortigen ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten sehr unterstützt. Auch in der VG Ruwer solle diese Stelle demnächst besetzt werden. Er hoffe, dass auch in den Verbandsgemeinden Trier-Land und Hermeskeil eine derartige Stelle künftig besetzt werde und mit allen Beteiligten ein Behindertenbeirat gebildet werden könne.

Ausschussmitglied **Rieger** (CDU) drückt sein Lob gegenüber der geleisteten Arbeit von Herrn Dr. Emmerling aus. Er habe als Stadtbürgermeister der Stadt Schweich bereits in der Vergangenheit Kontakt bzgl. der Belange von behinderten Menschen mit ihm gehabt. Die Beteiligung von Herrn Dr. Emmerling zeichnete sich durch eine gute Zusammenarbeit und eine große Hilfsbereitschaft aus. Er habe viele Möglichkeiten aufgezeigt und stets klare Perspektiven eingeräumt.

Ausschussmitglied **Nickels** (CDU) schließt sich den Ausführungen ihres Vorredners an. Auch die VG Ruwer habe die Beteiligung von Herrn Dr. Emmerling in anderen Kontexten in Anspruch genommen. Ein funktionierendes Netzwerk in diesem Bereich wäre wünschenswert. Auch die VG Ruwer wolle dieses Vorhaben unterstützen und eine Stelle eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten für die Verbandsgemeinde einrichten. Die Vorbereitungen dazu seien ergangen und die erforderlichen Gremienbeschlüsse und Ausschreibungen seien in Planung.

Die Vorsitzende **Thiel** bedankt sich abschließend bei Herrn Dr. Emmerling für sein Engagement und die Leidenschaft und Hartnäckigkeit, mit der er dieses Ehrenamt ausfülle. Sein hilfsbereites Wesen zeichne Herrn Dr. Emmerling aus und komme dem Landkreis zugute.

## **2. Vorstellung der Arbeit des Frauennotrufs Trier in Trägerschaft des Verein S.I.E.; Vorlage: 0312/2020**

### **Protokoll:**

Frau **Neumann** stellt sich den Ausschussmitgliedern vor und gibt eine kurze Auskunft zu ihrer Person. Eingangs erklärt sie die Bezeichnung S.I.E. – Solidarität, Intervention und Engagement und informiert über die Beratungsstelle anhand einer Präsentation (Anlage).

Hinsichtlich der Corona-Pandemie berichtet sie, dass in der ersten Zeit die Kontaktaufnahmen zurückgegangen seien, aber nach kurzer Zeit ein größerer Andrang der Beratung stattgefunden habe.

Insbesondere berichtet sie über die vielseitigen Hilfsangebote, angefangen

von Selbstbehauptungsgruppen bis hin zu Selbsthilfegruppenangebote, Kooperationen mit der Polizei und der Face-to-Face-Beratung durch die Beratungsstelle.

Auf Rückfrage der **Vorsitzenden** informiert Frau **Neumann**, dass in 2019 rd. 77 Beratungen durch Kontakt mit den Betroffenen und 25 Beratungen durch den Erstkontakt mit Bezugspersonen/Fachkräfte durchgeführt worden seien. Für 2020 könne sie mitteilen, dass bereits zum jetzigen Zeitpunkt diese Zahlen erreicht seien.

Ergänzend informiert Frau **Neumann**, dass der Internationale Frauengarten sehr gut angenommen werde. Migrantinnen und traumatisierte Frauen treffen sich regelmäßig zum gemeinsamen Gärtnern. In diesem Rahmen und der Atmosphäre können Begegnungen stattfinden und hilfreiche Gespräche geführt werden.

Auf Rückfrage von Ausschussmitglied **Winnikes** (Bündnis 90/die Grünen) gibt Frau **Neumann** Auskunft über den Standort des Gartengeländes in Trier-Ehrang.

Auf Grund einer Rückfrage des Ausschussmitgliedes **Dr. Meß** (Die Linke) gibt Frau **Neumann** Auskunft über die personelle Besetzung. Demnach sei der Frauennotruf mit zwei halben Stellen personell besetzt.

Nachfolgend ergibt sich eine Diskussion hinsichtlich der finanziellen Unterstützung des Frauennotrufs und der Interventionsstelle seitens des Landkreises. Dabei werde einerseits argumentiert, dass der Frauennotruf finanziell besser aufgestellt sein könnte. Andererseits steigen die finanziellen Mittel seitens des Landkreises in den letzten Jahren kontinuierlich an. Zudem leiste der Landkreis in 2020 darüber hinaus eine einmalige Förderung in Höhe von 5.000 Euro. In diesem Kontext seien auch immer die Beratungszahlen des Landkreises und der Stadt Trier zum Vergleich hinzugezogen worden. Durch Einwohner/innen der Stadt Trier werde der Frauennotruf und die Interventionsstelle mehr in Anspruch genommen, als durch Einwohner/innen des Landkreises.

Frau **Neumann** bestätigt, dass sich der Anteil der Beratungen, so wie im Jahresbericht 2019 nachzulesen, immer noch stärker auf die Stadt Trier fokussieren würden. Die Schwierigkeit der Finanzierung und das Ungleichgewicht der Zahlen sei den Beteiligten durchaus bewusst. Durch sparsames Haushalten und dank der einmaligen finanziellen Unterstützung von 5.000 Euro sei die Finanzierung aktuell gesichert, aber der Personalbedarf wäre im Grunde größer, auch hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit und Beratungsarbeit. Dafür wäre aber ein dauerhafter Festzuschuss erforderlich.

Die **Vorsitzende** merkt an, dass die Finanzierung schon oftmals beraten und der Kreisanteil stetig erhöht worden sei. Im Vorfeld zu der heutigen Sitzung seien bereits Gespräche ergangen, dass die Finanzierung künftig in Abstimmung mit der Stadt Trier langfristig und eindeutig geregelt werden

solle.

Die Gleichstellungsbeauftragte **Hennen** weist daraufhin, dass Frau **Neumann** zur heutigen Bratung geladen sei, um die Arbeit des Vereins S.I.E. vorzustellen. Finanzielle Erwägungen seien dabei eher zweitrangig, zumal der Ausschuss für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration nicht der zuständige Ausschuss für finanzielle Förderungen darstelle. Diese Diskussion sei im Ausschuss für Soziales und Gesundheit, der mit den finanziellen Kompetenzen ausgestattet sei, zu führen. Insbesondere verweist sie auf ein wichtiges Projekt des Vereins, welches unbedingt in der heutigen Sitzung vorgestellt werden sollte. Dabei handle es sich um die medizinische Soforthilfe. Sie bittet darum, die übrige Zeit zu nutzen, um auf dieses Projekt einzugehen.

Frau **Neumann** informiert über das Projekt „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“, welches nun im Mutterhaus Trier etabliert werden solle. Zu Anfang des Jahres habe bereits eine Kickoff-Veranstaltung im Mutterhaus mit Begleitung der Ministerpräsidentin stattgefunden. Es handle sich um ein standardisiertes Modell und Trier sei eine der ersten Städte in Rheinland-Pfalz, wo dieses Modell etabliert werde. Natürlich stehen die Beteiligten noch am Anfang und es seien viele Dinge im Vorfeld zu organisieren. Konkret gehe es um die grs. Verbesserung der Versorgung der Betroffenen, die vergewaltigt worden seien und diese Personen nicht nur als medizinischer, sondern auch als psychosomatischer Notfall gesehen werden. Bei der Soforthilfe stehe die Frau im Vordergrund, so dass Ärzte nicht nur das medizinisch Notwendige ansprechen können, sondern vorsichtig den Gesamtblick haben und die Betroffenen nahtlos in die weitere Beratung übergeben können. Dazu müsse das medizinische Personal im Umgang mit diesen Sondersituationen geschult werden. Das Projekt werde durch das Land mit einer Anschubfinanzierung unterstützt. Trotzdem koste eine sinnvolle und konsequente Öffentlichkeitsarbeit viel Geld. Ihr Wunsch wäre es, eine Buschampagne zu starten und für dieses Projekt auf Flyern an Haltestellen, Bahnhöfen und in Bussen zu werben.

Auf Rückfrage von Ausschussmitglied **Dr. Meß** (Die Linke) hinsichtlich der Präventionsprogramme in Schulen, teilt Frau **Neumann** mit, dass es in der Vergangenheit bereits Veranstaltungen gegeben habe, wenn Schulen auf die Interventionsstelle und den Frauennotruf zugekommen seien. Im letzten Jahr habe beispielsweise das „Trau dich“-Präventionsprogramm in den Schulen stattgefunden. Eine Beratung werde ab dem Alter von 14 Jahren angeboten. Natürlich könnten derartige Angebote verstetigt werden. Es wäre in diesem Kontext wünschenswert, wenn sich ein Mitarbeiter ausschließlich um dieses Beratungsspektrum kümmern könnte und die Beratung erweitert werden könne.

Die **Anwesenden** bedanken sich für die heutigen Informationen und das umfangliche Material und die Flyer, welche verteilt wurden.

3. **Umsetzung der Istanbul Konvention – aktueller Stand**  
**Vorlage: 0313/2020**

**Protokoll:**

Die **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Die Gleichstellungsbeauftragte **Hennen** informiert weitergehend über den Inhalt der Istanbul Konvention und die aktuellen Umsetzungsschritte. Aktuell seien die finanziellen Rahmenbedingungen noch nicht abschließend geklärt. Eine gesetzliche Regelung wäre wünschenswert. In 2021 solle ein Rechtsanspruch, der sich aus der Istanbul Konvention herleitet, zu einer bundeseinheitlichen Umsetzung führen.

Auf Ebene des Landesministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz sei eine Koordinierungsstelle geschaffen worden, um zu eruieren, wo es an Personal, finanziellen Mitteln, Einrichtungen vor Ort in Rheinland-Pfalz, etc. fehle. Nach einer aktuellen telefonischen Information, die sie seitens dieser Koordinationsstelle erhalten habe, werde nun ein Fragebogen zur Erfassung erstellt. Ein unabhängiges Institut verteile die Fragebögen an die Kommunen und werte diese aus. Nach der Auswertung werde mit den Kommunen vor Ort Kontakt aufgenommen, um die Bedarfe zu klären.

Auch die Prävention sei ein wichtiges Thema der Istanbul Konvention, wofür ebenfalls Personal notwendig sei. Dazu sei es erforderlich, vermehrt in den Schulen durch Aufklärungsarbeit aktiv zu werden. Studien haben ergeben, dass sich Gewalt oder Gewaltverhalten fortpflanze bzw. die Besinnung dafür durch Erlebtes und Erfahrenes als Normalität darstelle und in den Köpfen verfestige.

Diese Spirale gelte es unbedingt zu durchbrechen, dass bewusst werde, dass Gewalt nicht ertragen werden müsse und dürfe.

Sie begrüße die Verhandlungen mit der Stadt Trier zur Klärung der Finanzierung der Interventionsstelle und des Frauennotrufs, so wie in der Beratung zum vorherigen Tagesordnungspunkt dargestellt.

Auf Grund einer Rückfrage des Ausschussmitgliedes **van Eijck** (Bündnis 90/Die Grünen) informiert die **Gleichstellungsbeauftragte**, dass die Studie landesweit durchgeführt werde und den Ist-Zustand abfragen und auswerten solle.

Die **Vorsitzende** bedankt sich für die Informationen. Sie begrüße diese Studie zur Klärung der Bedarfe vor Ort ausdrücklich.

4. **Information zur Arbeit der Gleichstellungsstelle; Vorlage: 0314/2020**

**Protokoll:**

Die Vorsitzende **Thiel** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Frau **Hennen** informiert, dass sie in ihrer Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte in 2020 durch Corona leider in einigen Bereichen ausgebremst worden sei. So konnten leider keine Kurse und Seminare stattfinden. Dafür

haben die Telefonkontakte und Beratungen per Telefon vermehrt zugenommen. Viele Frauen seien durch Corona in existenzielle Ängste verfallen, insbesondere selbstständige Künstlerinnen.

Um die Arbeit trotz Corona künftig sinnvoll weiterzuführen, sollen vermehrt Online-Angebote geschaffen werden. Es gebe leider wenige Referenten, die ihre Seminare online anbieten, aber dies werde sich künftig sicherlich ändern.

Ein weiteres Problem sei, dass Seminar nicht stattfinden können, da die Teilnehmer kurzfristig absagen würden. Dies werde zunehmend zum Problem und es herrsche Angst und Unsicherheit im Hinblick auf die Corona-Zahlen, welche zum Jahresende hin wieder steigen würden.

Auf Rückfrage der **Vorsitzenden** erklärt sie weiter, dass die Kontakte vermehrt telefonisch durchgeführt worden seien. Sonst habe oftmals eine Kontaktaufnahme im Rahmen einer Veranstaltung oder während ihrer Sprechzeiten im Büro stattgefunden, was aktuell in der Form nicht möglich sei. Die momentanen Gespräche seien stark geprägt durch existenzielle Sorgen oder familiäre Schwierigkeiten.

Die Vorsitzende **Thiel** bedankt sich für die Informationen und die Vorbereitung im Vorfeld zur Sitzung zur Vorstellung der Arbeit des Vereins S.I.E. e. V. bei der Gleichstellungsbeauftragten.

## **5. Informationen und Anfragen**

### **Protokoll:**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Kreisbeigeordnete Simone Thiel)

(Christine Inglen)